E: 17.10.2022

An die Stadtpräsidentin
der Stadt Norderstedt
Frau Kathrin Oehme
-im Hause-

Norderstedt, den 17.10.2022

Sehr geehrte Frau Oehme,

die Fraktionen von FDP, DIE LINKE und Freie Wähler bitten Sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtvertretung am 01.11.2022 zu setzen:

Resolution der Stadtvertretung Norderstedt gegen die durch die Landesregierung geplante Änderung der Gemeindeordnung zur Verschärfung der Voraussetzungen für die Bildung von Fraktionen in den Kommunalparlamenten

Beschlussvorschlag:

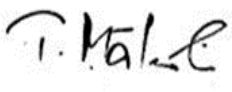
Die schwarz-grüne Landesregierung darf keinen Demokratieabbau in unseren Kommunen betreiben. Die Stadtvertretung Norderstedt beschließt daher den folgenden Resolutionsentwurf:

„Fraktionen sind ein wichtiges Instrument der politischen Teilhabe und der Repräsentation des demokratischen Bürgerwillens. Die Stadtvertretung Norderstedt lehnt daher die von der schwarz-grünen Landesregierung geplanten Änderungen der Gemeindeordnung, die Voraussetzungen zur Bildung einer Fraktion in den Kommunalvertretungen zu verschärfen, ab und fordert die Landesregierung auf, von diesem geplanten undemokratischen Vorhaben abzusehen.

Die erforderliche Mitgliederzahl zur Bildung einer Fraktion in größeren Kommunen sowie in Kreistagen von zwei auf drei zu erhöhen, würde die demokratische Teilhabe kleinerer Parteien und Wählergemeinschaften massiv erschweren. Informationswege würden abgeschnitten, Ausschuss-Teilnahmen nicht mehr möglich und die Finanzierung und damit die professionelle Arbeit von Mitgliedern der Norderstedter Stadtvertretung und die Teilnahme der Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen in den kommunalen Vertretungen erheblich eingeschränkt. Ein derartiger Demokratieabbau muss daher verhindert werden.“

Sachverhalt:

Die Landesregierung von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen plant noch vor der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 die erforderliche Mitgliederzahl zur Bildung einer Fraktion in größeren Kommunen sowie in Kreistagen von zwei auf drei zu erhöhen. Mit den geplanten Änderungen würden Informationswege abgeschnitten, Ausschuss-Teilnahmen wären nicht mehr möglich und die Finanzierung und damit die professionelle Arbeit von Mitgliedern der Gemeindevertretung und die Teilnahme der Bürger an demokratischen Entscheidungsprozessen in den Gemeindevertretungen würden dadurch erheblich eingeschränkt.

Für die FDP-Fraktion	Für die Fraktion DIE LINKE	Für die Fraktion Freie Wähler
		
Tobias Mährlein	Miro Berbig	Thomas Thedens
(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzender)	(Fraktionsvorsitzender)